Bericht

des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung (Nr. 443 der Beilagen) betreffend ein Gesetz über die Kooperation zwischen Bezirksverwaltungsbehörden in Salzburg (Salzburger Bezirksverwaltungsbehörden-Kooperationsgesetz - S.BVB-KG)

Der Verfassungs- und Verwaltungsausschuss hat sich in der Sitzung vom 18. Juni 2025 mit der Vorlage befasst.

Abg. HR Prof. Dr. Schöchler berichtet, dass Art 15 Abs 10 B-VG dem Landesgesetzgeber die Möglichkeit einräume, Regelungen zur sprengelübergreifenden Arbeit der Bezirksverwaltungsbehörden zu treffen. Dies beinhalte auch die Möglichkeit, die Übertragung behördlicher Zuständigkeiten landesgesetzlich vorzusehen, sodass beispielsweise statt sechs nur noch eine einzige Bezirksverwaltungsbehörde in bestimmten Angelegenheiten in Salzburg zuständig gemacht werden könne. Die örtliche Zuständigkeitsregelung des Bundesgesetzgebers könne durch Landesgesetz verdrängt werden. Der Gesetzesvorschlag mache von dieser verfassungsrechtlichen Möglichkeit Gebrauch und sehe die Übertragung konkreter behördlicher Zuständigkeiten im Verordnungsweg vor. Wenn es im Interesse der Zweckmäßigkeit, Einfachheit, Raschheit und Kostenersparnis gelegen sei, könne die Landesregierung künftig mittels Verordnung die gesetzliche Zuständigkeit einer Bezirksverwaltungsbehörde auf eine andere Bezirksverwaltungsbehörde übertragen (§ 1) oder eine Bezirksverwaltungsbehörde beauftragen, in bestimmten Angelegenheiten für eine andere Bezirksverwaltungsbehörde zu entscheiden (§ 2 - zwischenbehördliches Mandat). Die Wahl der Kooperationsform und die Festlegung der Rechtsmaterien, in denen es zu einer Zuständigkeitsübertragung komme, würden dem Verordnungsgeber überlassen, um eine entsprechende Flexibilität sicherzustellen. Mit der neuen Regelung seien in Zukunft sinnvolle Synergieeffekte zu erwarten, weil Spezialwissen in gewissen Angelegenheiten nicht mehr in allen Bezirksverwaltungsbehörden vorgehalten werden müsse, sondern an einer Stelle konzentriert werden könne. Dies sei ein wichtiger und spürbarer Schritt hin zu einer effizienteren Verwaltung.

Klubvorsitzender Abg. Dr. Maurer MBA fragt nach, ob es schon Überlegungen gebe, in welchen Angelegenheiten von der Möglichkeit der Zuständigkeitsübertragungen Gebrauch gemacht werden solle. Weiters interessiere ihn die Frage der Kostentragung.

Abg. Mag. Eichinger stellt fest, dass die KPÖ PLUS die Blanko-Verordnungsermächtigung des Gesetzesvorschlages kritisch sehe. Es werde in keiner Weise eingeschränkt, in welchen Bereichen die Landesregierung Synergien nützen dürfe. Es gehe im Gesetz nur um Kostenersparnis, Kriterien wie die wohnortnahe Bereitstellung von bestimmten Dienstleistungen fänden jedoch keine Berücksichtigung. Gerade im Bereich Sozialunterstützung oder der Festlegung von

Sonderbedarfen sei es unter Umständen wichtig, dass es auch vor Ort Ansprechpersonen gebe. Er ersuche daher um Erläuterung, warum hier keine inhaltlichen Einschränkungen für Übertragungen vorgenommen worden seien. Die Frage der Kostentragung interessiere ihn ebenfalls. In der ersten Textierung der Regierungsvorlage sei noch eine Regelung zur Kostentragung enthalten gewesen, diese sei jedoch ersatzlos gestrichen worden. Er ersuche hierzu um Erläuterung.

Abg. Heilig-Hofbauer BA MBA erklärt, dass er das Ansinnen der Regierungsvorlage für grundsätzlich unterstützenswert halte. Allerdings seien bei ihm einige Fragen aufgetaucht. Aus den Stellungnahmen sei hervorgegangen, dass der Auslöser für die Ausarbeitung des Gesetzesvorschlages die Kooperation mit dem Magistrat der Stadt Salzburg im Rahmen der Tuberkulosefürsorge nach dem Tuberkulosegesetz gewesen sei, da sich in deren Zusammenhang die Frage der Kostentragung gestellt habe. Im Begutachtungsentwurf sei noch eine ausdrückliche Regelung für die Kostentragung vorgesehen gewesen, dann aber entfallen. Die Stadt Salzburg habe dies kritisiert und mitgeteilt, dass sie eine verfassungskonforme Ausgestaltung der Kostentragungsregelung der ersatzlosen Streichung vorgezogen hätte. Er ersuche hierzu HR Dr. Sieberer um Stellungnahme. In einer weiteren Wortmeldung erkundigt sich Abg. Heilig-Hofbauer BA MBA nach der Höhe des Kostenersatzes an die Stadt im Rahmen der Tuberkulosefürsorge.

Abg. Sauerschnig betont, dass das Gesetz durchwegs Vorteile bringe. Die Verwaltungsarbeit werde effizienter, schneller und einfacher zu organisieren. Es würden Doppelstrukturen abgebaut, Ressourcen besser genutzt und bei gleichbleibender Qualität Kosten reduziert. Das Gesetz schaffe weder neue Behörden, noch nehme es bestehende Aufgaben weg, sondern ermögliche Kompetenzverlagerungen dorthin, wo Aufgaben am effizientesten erledigt werden könnten.

Landesamtsdirektor HR DDr. Huber führt aus, dass im Zuge der laufenden Aufgabenreform gemeinsam mit den Bezirkshauptleuten intensiv diskutiert worden sei, wie man die Effizienz im behördlichen Vollzug weiter erhöhen könne. Als eine Möglichkeit sei dabei gesehen worden, im Hinblick auf gewisse Spezialaufgaben die Kräfte zu bündeln und sozusagen Kompetenzzentren einzurichten. Dies solle vor allem in Bereichen geschehen, in denen es nur geringe Fallzahlen gebe, aber gleichzeitig ein gewisses Spezialwissen in der Vollziehung notwendig sei. Salzburg sei im Übrigen nicht das erste Bundesland, das solche Schwerpunkt-Bezirkshauptmannschaften einrichte, Oberösterreich habe dies beispielsweise bereits gemacht, ebenso Niederösterreich und das Burgenland. Konkret sei angedacht, die Vollziehung im Rahmen der Vergabe der Apothekenkonzessionen bei der BH Hallein anzusiedeln, da es landesweit jährlich nur fünf bis sechs Verfahren gebe. Weiters habe man die Durchführung von Strafverfahren im Lebensmittelbereich als einen Rechtsbereich identifiziert, wo eine Bündelung sinnvoll erscheine. Jährlich gebe es landesweit lediglich rund 100 solcher Strafverfahren, während die anzuwendenden Bestimmungen gleichzeitig relativ komplex seien. Zuständig gemacht werden solle hierfür voraussichtlich die BH St. Johann. Im Hinblick auf die Tuberkulosefürsorge führt Landesamtsdirektor HR DDr. Huber aus, dass diese für den Flachgau seit Jahrzehnten vom Magistrat der Stadt Salzburg auf Grundlage eines zivilrechtlichen Vertrags über die Kostentragung vollzogen worden sei. Da im hoheitlichen Bereich ein zivilrechtlicher Vertrag jedoch

keine geeignete Rechtsgrundlage sei, brauche es das Kooperationsgesetz und eine entsprechende Verordnung. Mittelfristig sei geplant, weitere Aufgabenbereiche dahingehend zu prüfen, ob eine Bündelung der Zuständigkeit im Sinne von Effizienz und Sparsamkeit sinnvoll sei. Einer dieser Bereiche könnte etwa die Ausübung der Aufsichts- und Kontrollpflichten im Rahmen der Vollziehung der Geldwäschebestimmungen nach der Gewerbeordnung sein. Oberösterreich habe die Vollziehung dieser Aufgabe bei der BH Perg gebündelt und dort das erforderliche Spezialwissen aufgebaut. Zur Frage der Unbeschränktheit der Verordnungsermächtigung führt Landesamtsdirektor HR DDr. Huber aus, dass es nicht so sei, dass man von vornherein jene Themen gesetzlich festlege, bei denen es zu Zuständigkeitsübertragungen komme. Es gehe vielmehr zunächst darum, in Frage kommende Bereiche zu identifizieren, entsprechende Detailkonzepte zu erarbeiten und erst dann Festlegungen im Verordnungsweg zu treffen. Die Frage nach der Höhe des tatsächlichen Kostenersatzes für die derzeitige Durchführung der Tuberkulosefürsorge durch den Magistrat für die BH Salzburg-Umgebung könne er ad hoc nicht beantworten, da ihm die Zahlen nicht vorlägen.

HR Dr. Sieberer (Fachgruppe Verfassungsdienst und Wahlen) erläutert, dass die Kostentragung davon abhängt, von welcher Kooperationsart man spreche. Gehe es um Übertragungen zwischen Bezirkshauptmannschaften, sei dies unproblematisch, weil der dahinterstehende Rechtsträger dabei immer das Land Salzburg sei. Gehe es um Übertragungen, bei denen auch der Bürgermeister der Stadt Salzburg als Bezirksverwaltungsbehörde beteiligt sei, so habe man zwei verschiedene Rechtsträger und es stelle sich die Frage, wer die Kosten zu tragen habe. Grundsätzlich sei zur Kostentragung von Gebietskörperschaften im Finanz-Verfassungsgesetz geregelt, dass jede Gebietskörperschaft den Aufwand zu tragen habe, der sich aus der Besorgung ihrer Aufgabe ergebe, sofern gesetzlich nichts anderes bestimmt sei. Wenn nun eine Zuständigkeit von Landesseite auf die Stadt Salzburg übertragen werde, dann werde diese Angelegenheit zur Aufgabe der Stadt und habe diese grundsätzlich die Kosten hierfür zu tragen. Wenn dies nicht gewünscht sei, könne man entweder gesetzlich Abweichendes regeln oder durch einen Vertrag, welcher im Gesetz vorgesehen sein müsse. Die zweite Möglichkeit sei im ursprünglichen Begutachtungstext formuliert gewesen, da die Judikatur des Verfassungsgerichtshofs dies in einem Erkenntnis 2014 grundsätzlich als zulässig erachtet habe. Allerdings habe die Stadt Salzburg im Begutachtungsverfahren auf ein etwas abweichendes Erkenntnis aus dem Jahr 2022 hingewiesen, in dem in einer Teilaussage festgestellt worden sei, dass finanzausgleichsrechtliche Transferzahlungen nicht dem Privatrecht zugewiesen werden dürften. Die frühere Judikatur des Verfassungsgerichtshofs sei damit zwar nicht ausdrücklich beseitigt worden, aber aus Gründen der Rechtssicherheit habe man die Bestimmung zur Kostentragung aus dem Text der Regierungsvorlage gestrichen. Eine Ersatzregelung habe man deswegen nicht getroffen, weil in solchen Fällen ohnehin das Instrument des Konsultationsmechanismus greife. Wenn einer Gebietskörperschaft durch die Rechtssetzung einer anderen Kosten entstünden, dann könne sie diesen Mechanismus auslösen. In der Folge trete dann ein Gremium zusammen, das eine Festlegung über die Kostentragung treffe. Die Stadt Salzburg habe im Begutachtungsverfahren mitgeteilt, dass sie den Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrags preferieren würde. Dem wolle man von Seiten des Landes jedoch nicht näher treten, da es sich dabei um eine Rechtsquelle handle, die im B-VG nicht vorgesehen und mit hohen Unsicherheiten behaftet sei. Zudem würde die Vorbereitung und Implementierung

einen sehr großen Aufwand bedeuten, auch für den Rechtszug bräuchte es besondere Konstrukte. Dies würde im Ergebnis dazu führen, dass die zu erzielenden Synergieeffekte zur Gänze verlorengingen, daher habe man sich für den Konsultationsmechanismus entschieden. Eventuell widerstrebe der Stadt an dieser Lösung, dass es beim Konsultationsmechanismus eine Minderschwelle gebe, unterhalb derer der Mechanismus nicht ausgelöst werden könne, sodass es bei der grundsätzlichen Kostentragungsregel des Finanzverfassungsgesetzes bleibe. Die Stadt bliebe in so einem Fall dann mit anderen Worten auf ihren Kosten sitzen. Falls dies aus Sicht der Stadt das Problem sei, könnte man, wenn dies vom Landtag gewünscht werde, im Gesetz noch ergänzen, dass im Zusammenhang mit einer Zuständigkeitsübertragung an die Stadt Salzburg in der Verordnung ein angemessener Ersatz des Mehraufwandes durch das Land vorgesehen werde. Weiters weist HR Dr. Sieberer zur Frage der Unbeschränktheit der Verordnungsermächtigung auf die Erläuterungen hin, in denen auf die entsprechende Judikatur des Verfassungsgerichtshofs verwiesen werde, wonach die Verordnungsermächtigung hinreichend bestimmt sei. Die gewählte Regelung bringe somit maximale Flexibilität bei gleichzeitiger Verfassungskonformität. Auch andere Bundesländer, beispielsweise Oberösterreich, hätten ähnliche Formulierungen gewählt. Zur Kostentragungsregelung sei darauf hinzuweisen, dass alle Bundesländer, die bisher entsprechende Kooperationsgesetze beschlossen hätten, keine speziellen Kostentragungsregelungen vorgesehen hätten, sondern auf das System des Konsultationsmechanismus zurückgriffen.

Klubobmann Abg. Mag. Mayer weist darauf hin, dass die Regierungsvorlage das bewirken könne, worüber man ständig spreche, nämlich Verwaltungsvereinfachung und mehr Effizienz in der Verwaltung. Zu betonen sei auch, dass diese Regelung zudem dazu geeignet sei, Standorte von Bezirkshauptmannschaften abzusichern, indem dort Spezialwissen angesiedelt werde. Zur speziellen Konstellation mit der Stadt Salzburg im Zusammenhang mit der Kostentragung schlage er vor, dass man die Regierungsvorlage im Ausschuss unverändert beschließe, danach das Einvernehmen mit der Stadt Salzburg suche und dann im Bedarfsfall in der Plenarsitzung am 2. Juli einen Abänderungsantrag im Sinne des Vorschlages von HR Dr. Sieberer einbringe, wenn diese Lösung von der Stadt gewünscht werde.

Klubvorsitzender Abg. Dr. Maurer MBA kündigt an, dass die SPÖ der Regierungsvorlage im Ausschuss zunächst nicht zustimmen werde. Eine Zustimmung sei aus seiner Sicht in der Plenarsitzung im Juli möglich, wenn zuvor entsprechendes Einvernehmen in der Kostentragungsfrage mit der Stadt Salzburg hergestellt worden sei.

In der Spezialdebatte meldet sich zu den §§ 1 bis 3 niemand zu Wort und werden diese mit den Stimmen von ÖVP, FPÖ und GRÜNEN gegen die Stimmen von SPÖ und KPÖ PLUS - sohin mehrstimmig - angenommen.

Die Vorlage der Landesregierung betreffend ein Gesetz über die Kooperation zwischen Bezirksverwaltungsbehörden in Salzburg (Salzburger Bezirksverwaltungsbehörden-Kooperationsgesetz - S.BVB-KG) wird mit den Stimmen von ÖVP, FPÖ und GRÜNEN gegen die Stimmen von SPÖ und KPÖ PLUS - sohin mehrstimmig - angenommen.

Der Verfassungs- und Verwaltungsausschuss stellt mit den Stimmen von ÖVP, FPÖ und GRÜNEN gegen die Stimmen von SPÖ und KPÖ PLUS - sohin mehrstimmig - den

Antrag,

der Salzburger Landtag wolle beschließen:

Das in der Nr. 443 der Beilagen enthaltene Gesetz wird zum Beschluss erhoben.

Salzburg, am 18. Juni 2025

Der Vorsitzende:

Schernthaner MIM eh.

Der Berichterstatter:

HR Prof. Dr. Schöchler eh.

Beschluss des Salzburger Landtages vom 2. Juli 2025:

In der Sitzung wurde von der ÖVP folgender Abänderungsantrag eingebracht:

Das in der Nr. 443 der Beilagen enthaltene Gesetz (Salzburger Bezirksverwaltungsbehörden-Kooperationsgesetz - S.BVB-KG- Nr. 443 der Beilagen) wird mit folgenden Änderungen zum Beschluss erhoben:

1. § 3 erhält die Paragraphenbezeichnung „§ 4“ und wird nach § 2 eingefügt:
„Kostentragung
§ 3
 1. Werden dem Bürgermeister bzw der Bürgermeisterin der Stadt Salzburg als Bezirksverwaltungsbehörde Zuständigkeiten (§ 1) oder Entscheidungsbefugnisse (§ 2) einer oder mehrerer Bezirkshauptmannschaften übertragen, ist in einer Verordnung gemäß § 1 oder § 2 ein angemessener Ersatz des Mehraufwands der Stadt Salzburg durch das Land Salzburg vorzusehen.
 2. Werden einer Bezirkshauptmannschaft Zuständigkeiten (§ 1) oder Entscheidungsbefugnisse (§ 2) des Bürgermeisters bzw der Bürgermeisterin der Stadt Salzburg übertragen, ist in einer Verordnung gemäß § 1 oder § 2 ein angemessener Ersatz des Mehraufwandes des Landes Salzburg durch die Stadt Salzburg vorzusehen.“
2. Im § 4 (neu) Abs. 1 wird als Datum des Inkrafttretens der 1. August 2025 eingefügt.

Der Abänderungsantrag wurde mit den Stimmen von ÖVP, FPÖ, SPÖ und GRÜNEN gegen die Stimmen der KPÖ PLUS - sohin mehrstimmig - zum Beschluss erhoben.